

Bremen, 25. Februar 2019

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Falk,

hiermit übersende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine.

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

1. Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen in Bremen? Welche Ansprüche stellen Sie an die Qualität frühkindlicher Bildung? Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach dabei den Familienzentren zu?

Kinder- und Familienzentren sind aus Sicht der GRÜNEN ein wichtiges Instrument, um Familien eine ganzheitliche, wohnortnahe familienbezogene Infrastruktur zu bieten. Familienzentren sind zentrale Anlaufstellen für Familien und sie verknüpfen bildungspolitische, gesundheitspräventive und gewaltpräventive Ansätze mit familienbezogenen Angeboten. Die Familienzentren holen die Eltern dort ab, wo sie im Alltag stehen, und bieten ihnen zielgenaue Hilfe sowie effektive Entlastung und leiten zur Selbsthilfe an. Insbesondere helfen sie, mit niedrigschwelligen Angeboten auch solche Familien zu unterstützen, die sonst nur schwer erreicht werden und zu wichtigen Informationen keinen regelmäßigen Zugang haben. Die Qualität frühkindlicher Bildung spielt nicht nur in der Betreuung in Kindertagesstätten eine wichtige Rolle – auch in der elterlichen Erziehung ist sie bedeutsam. Familienzentren unterstützen Eltern in zentralen Erziehungsfragen und sind somit eine wichtige Unterstützung für die Qualität frühkindlicher Bildung.

2. Welche Angebote frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung sichern Ihrer Meinung nach die Chancengerechtigkeit beim Aufwachsen?

Wer Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle Kinder sichern will, muss Kinder früh fördern. Für uns GRÜNE ist aber auch klar: Kinder lernen spielend. Wir wollen daher eine Kinderbetreuung, die den Kindern den Raum gibt, zu spielen, zu lachen und zu toben und sie in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt. Wir wollen, dass allen Kindern der Besuch einer Kindertagesstätte ermöglicht wird, damit sie gemeinsam mit anderen Kindern Zeit verbringen. Gerade in Zeiten, in denen es mehr Ein-Kind-Haushalte gibt und die Großfamilie nicht an einem Ort lebt, kann die Kindertagesstätte wichtiger sozialer Bezugspunkt für junge Familien sein. Eine frühzeitige, qualitativ hochwertige und individuelle Förderung kann nicht nur Bildungsarmut verhindern, sondern wirkt sich langfristig positiv auf die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung aus. Auch die umfassende, individuelle Persönlichkeitsentwicklung des Kindes wird durch eine frühe Förderung in einer Kindertageseinrichtung unterstützt. Ganzheitliche Bildung muss schon in der Kindertagesstätte ansetzen. Es geht uns nicht um eine Verschulung der frühkindlichen Bildung. Frühkindliche Bildung und Förderung heißt gerade auch, den Kindern in der Kinderbetreuung freie Räume zu lassen.

3. Was planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was haben Bündnis 90/Die Grünen in Bremen in der vergangenen Legislaturperiode bereits umgesetzt?

4. Welche Fachkraft-Kind-Relation streben Sie im U3- und Ü3-Bereich in Bremen an, um Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu sichern?

5. Wie stellen sich Bündnis 90/Die Grünen die weitere Förderung von Familienzentren vor? Wie soll der Aufbau von Familienzentren (nach obenstehender Definition) in Bremen unterstützt und gefördert werden?

Bildung beginnt für uns GRÜNE mit der Geburt. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend. Hier sorgen wir für einen grundlegenden Wandel in den Kitas. Wir setzen auf Qualität und mehr Erzieher*innen. Im Mittelpunkt steht dabei stets das einzelne Kind mit seinen Bedürfnissen. Die Qualität der frühkindlichen Bildung steht für uns GRÜNE im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Daher haben wir in der vergangenen Legislaturperiode nochmals an zentralen Stellen nachgebessert. Seit 2013 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Viele Eltern wünschen sich die Betreuung in der Kita für ihre Kinder, weil sie wieder in den Beruf oder die Ausbildung zurückkehren und weil ihre Kinder von dem Besuch einer Kita profitieren. Eine gute Kita schafft Geborgenheit für die Kleinsten, Sicherheit für die Eltern und eine anregende Atmosphäre, damit die Kleinsten spielen und lernen. Gute Kitas leisten eine wichtige Aufgabe im Bereich der Integration und Inklusion. In Bremen und Bremerhaven müssen wir uns anstrengen, den Ausbau der Kitas noch zu beschleunigen. Und wir brauchen Erzieher*innen, die gut ausgebildet sind und angemessen bezahlt werden.

Im bundesweiten Vergleich schneiden unsere Kitas aber schon heute gut ab. Der Betreuungsschlüssel ist besser als in vielen anderen Bundesländern. In Bremen und Bremerhaven ist die Inklusion in Kitas gelebte Praxis. Wir wollen gemeinsam mit den

Akteur*innen landesweit einen neuen Orientierungsrahmen für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit Fortbildungsangeboten verbinden.

Außerdem muss die Sprachförderung intensiviert werden. Wir wollen den Übergang von der Kita in die Grundschule durch Festlegung von Kooperationen systematisieren. Wir wollen, dass Assistenzkräfte von der Kita in die Grundschule „mitgenommen“ werden können. So stellen wir sicher, dass zum Beispiel zusätzliche Förderung vom ersten Schultag an gewährleistet ist und wichtige Informationen über die einzelnen Kinder nicht verloren gehen. Die Arbeit der Kinder- und Familienzentren wollen wir stärken. Das Thema Inklusion soll stärker in die Ausbildung von Erzieher*innen integriert werden.

Elternvereine sowie Tagespflegepersonen bleiben wichtig für unser System der frühkindlichen Bildung. Sie sollen an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagespflegepersonen betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn ihr Kind später einen Kitaplatz benötigt.

Unser Ziel ist es, dass für alle unter 3-jährigen (U3) und über 3-jährigen (Ü3) Kinder, deren Eltern einen Platz wünschen oder für die aus sozialpädagogischen Gründen eine Betreuung für notwendig erachtet wird, ausreichend Kitaplatze in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung stehen. Dazu müssen weitere Kitas gebaut werden. Die Verfahren zur Planung und zum Bau von Kitas mit den dafür nötigen Investitionen wollen wir unter Nutzung der Kompetenzen der Beiräte vor Ort weiter beschleunigen und dafür die Verwaltung, die plant und baut, besser ausstatten. Hamburg und Berlin haben gezeigt, dass mit einem anderen Finanzierungsmodell, das auf größere Trägerverantwortung und Kita-Gutscheine für die Eltern setzt, schneller neue Plätze geschaffen werden können. Dieses System wollen wir übernehmen. Wir wollen die U3-Betreuung so ausbauen, dass Kinder, die noch nicht drei Jahre alt sind („Viert-Quartals-Kinder“), länger in den Krippengruppen bleiben können. Dadurch entlasten wir die Erzieher*innen in den Ü3-Gruppen und geben den Zweijährigen mehr Geborgenheit.

Wir brauchen mehr ganztägige Angebote in Kitas für alle Kinder von Anfang an. Den Rechtsanspruch auf 30 Stunden Betreuung pro Woche wollen wir auf alle Kinder ab dem ersten Geburtstag ausweiten. Hinzu kommt eine zeitliche Flexibilisierung des Betreuungsangebots. So reagieren wir auf die veränderten Arbeitsbedingungen und helfen Alleinerziehenden.

Außerdem wollen wir ein zentrales internetbasiertes Anmeldeverfahren für die Kinderbetreuungsplätze einführen, bei dem zu jedem Zeitpunkt die freien Platzkapazitäten in den Einrichtungen ersichtlich sind. Wir erwarten dadurch eine schnellere Aufnahmeentscheidung, bessere Vermittlung bei Kapazitätsengpässen, mehr Klarheit über tatsächliche Bedarfe sowie weniger Kommunikationsaufwand für Eltern und Behörden.

Wir führen zum Kita-Jahr 2019/2020 ohne Qualitätsverlust eine Beitragsfreiheit in der Ü3-Betreuung (3-6 Jährige) für acht Stunden Betreuung am Tag ein.

Eine gute Betreuung bedeutet für uns auch weiterhin, verstärkt in die Qualität der Betreuungseinrichtungen zu investieren. Die dafür notwendigen Schritte wollen wir gemeinsam mit den Verbänden diskutieren, um auch die betroffenen Akteure in die fachliche Debatte mit einzubeziehen. Mehr Kitas benötigen mehr Fachkräfte. Wir wollen mehr Erzieher*innen einstellen und ausbilden. Wir wollen, dass die Erzieherausbildung zukünftig nicht nur kostenlos ist, sondern – wie beim begonnenen Bremer Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) – eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Damit wollen wir den Einstieg in die mittelfristig flächendeckende duale Ausbildung schaffen und mehr Menschen aller Geschlechter ermutigen, sich in diesem Bereich zu qualifizieren. Wir machen uns außerdem für eine bessere Bezahlung der Erzieher*innen stark: Sie sollen für ihre wichtige Arbeit gut bezahlt werden!

Krippen, Kindergärten und Grundschulen sind Orte der Begegnung zwischen Kindern, Eltern, Erzieher*innen und Lehrer*innen. Daher liegt es nahe, neben der Kinderbetreuung auch weitere Angebote zur Unterstützung von Familien dort zu integrieren bzw. entsprechende Ansprechpartner*innen zu vermitteln. Deshalb wollen wir die Einrichtungen zur Kinderbetreuung zu ganzheitlichen Familienzentren weiterentwickeln bzw. bestehende Zentren unterstützen. Auch Grundschulen sollen sich zu solchen Familienzentren weiterentwickeln können. Hierfür wollen wir, dass das Land gemeinsam mit den Schulen und den Kommunen entsprechende Modelle entwickelt.

Wir wollen, dass die Kitas in Bremen und Bremerhaven nach den gleichen Maßstäben finanziert werden und einheitlichen Qualitätsansprüchen unterliegen. Dies werden wir in einem Landesgesetz festlegen. Dabei sollen die gleichen sozialen Kriterien wie bei den Schulen angelegt werden. Ungleiches wird ungleich gefördert, d.h. wir werden Einrichtungen mit überdurchschnittlich vielen sozial und wirtschaftlich benachteiligten Kindern mit individuellem Förderungsbedarf und Sprachförderbedarf stärker unterstützen. Das von uns eingeführte kostenlose gesunde Mittagessen in Kitas soll für alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten bleiben. Wir werben dafür, dass jedes Kind, bevor es in die Schule kommt, mindestens das dritte Kindergartenjahr besucht hat.

6. Wie möchte Bündnis 90/Die Grünen in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion bzw. Integration im frühkindlichen Bereich in Bremen - auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung - weiter vorantreiben? Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz geeignet, um Inklusion gelingend umzusetzen.

Der Early-Excellence-Ansatz stellt vor allem das Kind in seinem familiären Umfeld in den Mittelpunkt der frühkindlichen Pädagogik. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir GRÜNE stehen für Inklusion im gesamten Bildungssystem. Sie muss an allen Bremer Kitas und auch Schulen weiter vorangebracht und gefördert werden. Nur so wird verhindert, dass Barrieren im Denken und im täglichen Miteinander entstehen und sich verfestigen, denn immer noch ist im Land Bremen die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum nicht ausreichend umgesetzt. Dies ist aber für eine erfolgreiche Verwirklichung von Inklusion und Teilhabe erforderlich. Wir GRÜNE legen bei allen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum einen Schwerpunkt auf die Barrierefreiheit und gehen dabei Problembereiche vorrangig an. Alle öffentlichen Gebäude sollen bis 2021 barrierefrei sein. Weitere Infos hierzu siehe in Abschnitt IV.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

1. *Möchte Bündnis 90/Die Grünen Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?*

a) *Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen würden Bündnis 90/Die Grünen auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?*

b) *Wenn nein, wie möchten Bündnis 90/Die Grünen die Familienfreundlichkeit in Bremen fördern?*

Siehe hier die Antworten in Abschnitt I., Fragen 3-5.

2. *Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer fachlichen Koordination und Steuerung. Inwiefern sieht Bündnis 90/Die Grünen diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung/ einem Familienzentrum? Wird bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?*

Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Land unterstützt die Kommunen Bremen und Bremerhaven dabei, die Qualität, den Ausbau und die Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung umzusetzen. Familienzentren und Kindertageseinrichtungen bieten bereits jetzt oftmals eine sozialräumliche Orientierung an. Dies kommt aber ganz wesentlich auf die Bedingungen vor Ort an, also die Vernetzung der Träger, Vereine und weiteren Akteure. Wir GRÜNE können uns vorstellen, grundsätzlich eine noch stärkere, sozialräumliche Ausrichtung der Kinderbetreuung zu unterstützen, etwa durch eine gezielte Weiterentwicklung der Kinder- und Familienzentren mit dem Ziel einer weiteren Öffnung in den jeweiligen Stadtteil.

3. *Können nach Einschätzung von Bündnis 90/Die Grünen Familienzentren einen Beitrag zur Armutsprävention leisten? Welche Maßnahmen sollen aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen in der nächsten Legislaturperiode ergriffen werden?*

Die Spaltung zwischen Arm und Reich ist in Bremen und Bremerhaven groß. Derzeit liegt die Armutsquote in Bremen bei 23,1 Prozent, und dort wo Armut herrscht, verfestigt sie sich. Besonders ausgeprägt ist in Bremen und Bremerhaven die Kinderarmut, betroffen sind hier vor allem Kinder von Alleinerziehenden. Mit einer Vielzahl von Initiativen, Programmen und Einzelmaßnahmen haben wir in den letzten Jahren versucht, Wege aus der Armut zu ebnen. Auch Kinder- und Familienzentren leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Kinderarmut. Die Armutsquote zeigt jedoch auch, dass eine Reduzierung nicht in dem Maße gelungen ist, wie es notwendig gewesen wäre.

Für uns GRÜNE ist klar: Wir akzeptieren diese Entwicklungen nicht. Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Mit einem Dreiklang aus Prävention, Bekämpfung von Ursachen von Armut und der Sicherstellung von Teilhabe von armen Menschen am gesellschaftlichen Leben wollen wir den sozialen Ausgleich in Bremen und Bremerhaven sicherstellen. Chancen für Kinder

müssen unabhängig von ihrem Elternhaus sein. Dies und ein Einkommen, das ausreicht, um den Lebensunterhalt selber bestreiten zu können, sind die beste Versicherung gegen Armut. Die wirksame Bekämpfung von Armut setzt ein gut koordiniertes Zusammenspiel des gesamten Senats voraus. Von Bildungsangeboten über Gesundheitsthemen bis zur Stadtentwicklung reichen die Instrumente gegen Armut. Aus Sicht der GRÜNEN gilt es auch für die nächste Legislaturperiode, die Kinder- und Familienzentren in ihrer Arbeit zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen nach Wegen zu suchen, die Armutsquote in Bremen und Bremerhaven zu senken.

Nicht alles lässt sich im Land Bremen lösen. Es ist ein gemeinsames Ziel der GRÜNEN im Bund und in den Ländern, die Kinderarmut zu bekämpfen. Deshalb setzen sich GRÜNE auf Bundesebene für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. In den zunehmend belasteten Stadtteilen werden wir zügig weitere Ganztagsangebote schaffen und die Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Berufsschule besser ausstatten, um allen Kindern einen guten Start zu ermöglichen. Der räumlichen Konzentration von Kindern, die in Armut leben, wie sie aktuell in Bremen-Nord, im Bremer Westen, dem Goethequartier und in Grünhöfe in Bremerhaven stattfindet, müssen wir durch verstärkte Integrationsangebote begegnen. Dazu gehört auch die sozialräumliche Unterstützung, die die Kompetenzen der Familien frühestmöglich stärkt. Den Jugendämtern kommt bei der Umsetzung und fachlichen Begleitung eine zentrale Rolle zu. Deshalb müssen sie personell gut ausgestattet sein. Mit dem Projekt „Jugendamt weiterentwickeln!“ haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass die Jugendämter verstärkt im Quartier ihren Beitrag dazu leisten können. Auf Bundesebene kämpfen wir außerdem dafür, dass es eine Verbesserung beim Recht auf Rückkehr in Vollzeit und einen Rechtsanspruch auf vollzeitnahe Teilzeit (80%) gibt. Außerdem unterstützen wir Vorschläge, die Vätermomate schrittweise auszuweiten.

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn Plätze in Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen zur Verfügung stehen, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Betreuungszeitgestaltung (siehe AID:A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

1. *Wie möchten Bündnis 90/Die Grünen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Bremen weiter verbessern?*
2. *Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht Bündnis 90/Die Grünen maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislaturperiode gezielt zu verbessern?*
 - a) *Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst*
 - b) *Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (OneStopp-Shop-Prinzip)*
 - c) *Partizipation der Eltern - Eltern als Experten für ihre Kinder anerkennen*
 - d) *Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen maßgeblich sind*

Ergänzend zu den Antworten in Abschnitt II, Frage 3: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt an vielen Faktoren, von denen wir einige in der Landespolitik selbst beeinflussen können. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns sitzen immer noch Kinder mit leerem Magen in der Kita und der Schule. Das von uns eingeführte kostenlose gesunde Mittagessen in Grundschulen soll für alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten bleiben. Mit dem Bremen-Pass stellen wir auch weiterhin sicher, dass alle Kinder an Klassenfahrten und Ausflügen teilnehmen können sowie bei Bedarf zusätzliche Förderung erhalten. Die Schule ist zudem auch für Eltern oft erste Ansprechpartnerin bei Fragen zur Entwicklung und Unterstützung der Kinder. Wir begrüßen das Modell „Familienklasse“ und wollen Modellprojekte unterstützen, bei denen Schulen sich in Richtung Familienzentren entwickeln. Auf Landesebene wollen wir mittels des Ausbaus einer guten Kinder- und Grundschulbetreuung die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit Beruf und Familie vereinbart werden können. Teilzeitarbeit, gleich aus welchem Grund, darf nicht zum Karrierekiller werden. Wir wollen die Möglichkeiten von Homeoffice und Führen in Teilzeit konsequent ausbauen.

Wege aus der Armut führen aber grundsätzlich vor allem über ausreichend bezahlte Arbeit. Wir wollen Menschen, die schon lange arbeitslos sind, neue Chancen eröffnen und uns dafür einsetzen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Auf die nach wie vor herrschende Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir dabei ein besonderes Augenmerk legen. Armut darf nicht zum Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben führen. Deshalb sichern wir die bestehenden Angebote ab, insbesondere im jeweiligen Quartier, und entwickeln diese weiter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aus Sicht von uns GRÜNEN zentral für die Armutsprävention. Sie muss möglich sein, egal ob alleinerziehend oder nicht. Lange Wartelisten in der Kindertagesbetreuung, belastende Bring- und Abholwege und Stundenausfall in der Ganztagsbetreuung wollen wir deutlich verringern. Wir setzen uns daher für verlässliche, bedarfsgerechte und flexible Kinderbetreuung ein.

Die Beteiligung der Eltern an der Betreuung im Kindergarten ist wichtig. Hier können sie häufig noch gut erreicht werden. Es ist gut, dass die Erziehungsberechtigten der Kinder in der Tageseinrichtung vor Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Bildung, Erziehung und Betreuung zu unterrichten und angemessen zu beteiligen sind und sie einen Elternbeirat wählen, der ebenfalls stark im Austausch mit den Trägern der Kita steht.

IV: Gesellschaftliche Teilhabe, Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kinder- und Familienzentren

Wissenschaftliche Expertisen weisen darauf hin, dass Familienzentren durch ihre Sozialraumorientierung und ein bedarfsgerechtes ganzheitliches Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien und dem Sozialraum.

1. Welche Rolle haben aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen in Bremen Kinder- und Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städten und Gemeinden?

2. *Welchen Beitrag können aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen Familienzentren zur Verbesserung von Bildungschancen für Kinder leisten?*
3. *Welche Ansätze sind aus Sicht von Bündnis 90/ Die Grünen zu beachten, um auch über die Arbeit in Familienzentren die gesellschaftliche Teilhabe von Familien zu verbessern?*
4. *Welche Chancen ergeben sich aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich? Und wie werden diese nachhaltig bewahrt?*

Wie weiter oben beschrieben, holen Kinder- und Familienzentren aus unserer Sicht die Eltern dort ab, wo sie im Alltag stehen, und bieten ihnen zielgenaue Hilfe sowie effektive Entlastung und leiten zur Selbsthilfe an. Insbesondere helfen sie, mit niedrigschwelligen Angeboten auch solche Familien zu unterstützen, die sonst nur schwer erreicht werden und zu wichtigen Informationen keinen regelmäßigen Zugang haben. Auch für Familien mit Migrations- und Fluchthintergrund sind die Angebote von Kinder- und Familienzentren daher eine wichtige Stütze, um hier anzukommen. Der frühe Besuch von Kitas ermöglicht es auch, dass Kinder möglichst schnell Deutsch lernen und dass Eltern die freie Zeit für sich nutzen können.

Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Wir wollen das bestehende System der so genannten Vorklassen für Geflüchtete und Zugewanderte überprüfen. Wir GRÜNE wollen ein Konzept, das alternativ zu den Vorklassen auch eine sofortige Integration in die Regelklassen ermöglicht, bei gleichzeitigem intensiven Sprachunterricht, der dann bei Bedarf wesentlich länger als in den jetzigen Vorklassen erteilt werden kann. Hier gibt es bereits erfolgreiche Beispiele in Bremerhaven und an einzelnen Bremer Schulen. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, diese mehr in die Breite zu bringen.

5. *In England und in Berlin werden Familien, die sich der institutionellen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern entziehen, von Fachkräften besucht und begleitet. Welche Chancen sieht Bündnis 90/Die Grünen in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um Teilhabe und Partizipation von Familien mit besonderen Bedürfnissen oder Familien mit Fluchthintergrund zu sichern?*

Aufsuchende Familienarbeit ist fester Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe. Die aufsuchende Arbeit erfolgt bereits jetzt, um Familien bei Problemlagen zu unterstützen. Wir GRÜNE sehen in der aufsuchenden Arbeit einen sehr guten Weg, die Hilfen sozialräumlich zu gestalten und früh Unterstützung anzubieten. Wir wollen daher in der nächsten Legislaturperiode das Modell der „Familienhebammen“ stärken. Sie kümmern sich über die reguläre Versorgung hinaus um Familien, die eine besondere soziale Unterstützung brauchen.

Wir sehen einen sehr großen Bedarf, gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen viele interdisziplinäre Frühförderstellen zu etablieren!

Bremen ist mit dem Projekt „Begleitende Elternschaft“ bei der Lebenshilfe ein Vorreiter. Geistig behinderte Eltern werden im Umgang mit ihren Kindern unterstützt, damit die Kinder bei ihren Eltern leben können. Das Projekt startete 2012 als Pilotprojekt und ist

dann verstetigt worden. Darüber hinaus gibt es weitere Projekte, die es in ihrer Arbeit zu unterstützen gilt, wie „Ankommen im Quartier“ oder eine Unterkunft für traumatisierte Frauen in Bremen-Walle.

6. Inwiefern empfiehlt Bündnis 90/Die Grünen die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter in Bremen zu nutzen, um die Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?

Die im Rahmen des ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter ist unserer Ansicht nach eine gute Möglichkeit, Eltern und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf im Hinblick auf die Bildung und Entwicklung der Kinder zu erreichen und zu unterstützen. Zur Situation in Bremen und unseren weiteren Schritten: In Bremen haben wir die Elternlotsen, die ehrenamtlich vor allem geflüchtete Menschen unterstützen. Sie sind Ansprechpartner für alle Fragen rund um Kindererziehung, Gesundheit, Schule und Behördengänge. Für Betriebe, deren Mitarbeitende einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, stellen wir ein Unterstützungsangebot „Deutsch am Arbeitsplatz“ sicher. In Bremen sind Anlaufstellen geschaffen worden, wie „Ankommen im Quartier“, in denen Sprach- und Integrationsmittler*innen („Sprinter*innen“) zur Verfügung stehen. Migrant*innen haben sich durch eine modulare Ausbildung zu Sprinter*innen qualifiziert. Sie bringen die erforderliche interkulturelle Kompetenz mit, um Fragen des Alltags zu beantworten und erfolgreich Brücken zu schlagen. Ihr Einsatz durch Bremer Ämter und Behörden hat sich besonders bei denen, die noch wenig Deutsch sprechen und deren Integration am Anfang steht, bewährt. Daher wollen wir dieses Berufsbild in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung verstetigen und Sprinter*innen dauerhaft anstellen. Gleichzeitig bietet deren Einsatz die Chance für eine dauerhaft Erwerbstätigkeit für Migrant*innen im ersten Arbeitsmarkt. Wir GRÜNE wollen, dass diese Herangehensweise auf Unternehmen ausstrahlt und diese ebenfalls Sprinter*innen einsetzen.

7. Wie möchte Bündnis 90/Die Grünen interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen von pädagogischen Fachkräften in Kinder- und Familienzentren und in der Familienbildung fördern?

Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass die Aneignung interkultureller und interreligiöser Kompetenzen ein zentraler Schwerpunkt im Rahmen der bodenständigen Ausbildung für Erzieher*innen und für das Lehramt ist. Diese Kompetenzen sind Voraussetzung dafür, dass die Arbeit in den Kinder- und Familienzentren erfolgreich ist und möglichst vielen Kindern und Familien sehr konkret geholfen werden kann. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass ausländische Abschlüsse schneller anerkannt werden und somit auch qualifizierte ausländische Fachkräfte die Kitas und Schulen unterstützen und entlasten können. Hier ist aus Sicht der GRÜNEN noch viel Potential.

8. Ab wann gilt aus Sicht Bündnis 90/Die Grünen ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Kinder aus Flüchtlingsfamilien sollen so normal wie möglich in der neuen Heimat aufwachsen. Dazu gehört oft auch der Besuch einer Kindertagesstätte, wo sie auf andere Kinder treffen und sich spielend integrieren. Kinder aus Flüchtlingsfamilien sollen, ebenso wie alle anderen hier lebenden Kinder, ab einem Jahr Anspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kita haben. Hier machen wir GRÜNE keinen Unterschied.

9 Welche weiteren Maßnahmen plant Bündnis 90/Die Grünen in der kommenden Legislaturperiode, um die Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

Integration ist ein langfristiger, gesamtgesellschaftlicher und facettenreicher Prozess, den wir intensiv begleiten. Es gilt nun, die Investitionen in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit zu intensivieren, damit zu uns geflüchtete Menschen ein selbstbestimmtes Leben in unserer Mitte führen können. Wir wollen die Voraussetzungen für die große Aufgabe der Integration verbessern und dafür Sorge tragen, dass ausreichend Sprachkurse, Schulplätze, Arbeitsplätze sowie Wohnungen zur Verfügung stehen. Wir GRÜNE unterstützen weiter die Idee eines umfassenden Integrationskonzepts. Integrationspolitik in diesem Sinne ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die in alle Politikbereiche hineinwirkt. Wir wollen bei der zunehmenden Vielfältigkeit Chancengleichheit erreichen. Herkunft, Sprache, Geschlecht, Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit oder Wohnsituation dürfen nicht ausschlaggebend sein für Teilhabe in unserer Gesellschaft. Integration erfordert nicht nur Anstrengungen von Migrant*innen, sondern auch die Öffnung von Strukturen und Regeldiensten sowie die Bereitschaft der Gesamtbevölkerung zum interkulturellen Dialog.

V Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit.. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt trägt dann, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen ihnen stattfinden. Bislang findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote kaum statt.

Welche Maßnahmen plant Bündnis 90/Die Grünen zur Entsülung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Wir GRÜNE halten an der Träger- und Angebotsvielfalt fest. Ebenso erkennen wir, dass sich viele Menschen durch einen „Förderdschunel“ kämpfen müssen, bis sie endlich an der richtigen Stelle für ihre Problemlage angekommen sind. Dies geht nur über eine enge Kooperation dieser Dienstleister und großer Transparenz für diejenigen, die diese Angebote nutzen wollen. So unterstützen wir es als GRÜNE etwa, wenn z. B. an Kitas Komplexleistungen im Sinne von interdisziplinärer Frühförderung wie im Kinderhaus Quirli

in Bremen-Gröpelingen angeboten wird, da hier Kinder während der Kita-Zeit gezielt gefördert werden können und dadurch Eltern entlastet werden.